

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten  
für ein Haus monatlich 2.50 Mark;  
bei der Geschäftsstelle abgeholt mo-  
natlich 2.40 Mark; bei der Post  
bestellt postalisch 2.60 Mark;  
monatlich 6.00 Mark; Einzelheft  
10 Pfennig.

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise  
bestimmen sich nach dem Raum für An-  
zeigen von 10 bis 12 Zeilen. Die An-  
zeigenpreise sind in Mark, ausnahms-  
weise auch in Reichsmark, festzusetzen.  
Bei größeren Aufträgen sind besondere  
Abmachungen anzuknüpfen. Die An-  
zeigenpreise sind bis spätestens  
10 Uhr vorzuliegen.

Verantwortl. Redakteur: Dr. H. H. H.  
Telegraphische Anzeiger-Nr. 55.  
Telegraphische Anzeiger-Nr. 55.

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. Postfach-Nr. 1008.

Nr. 258

Freitag, den 4. November 1921

16. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Auf die Antwortsche der Entente, die den deutschen Protest wegen Oberschlesien aus-  
schießt, beabsichtigt der Reichskanzler, wie wir  
hören, eine Antwort zu erteilen.

In einer Sitzung der englischen Landwirt-  
schaftskammer wurde über die große Einfuhr  
von deutschen Kartoffeln geklagt, die zwar  
aus Holland kämen, in Wirklichkeit aber deut-  
sche Kartoffeln seien.

Die deutschen Zeitungen der Tschechoslo-  
wakei haben infolge der zur Zeit herrschenden Ver-  
hältnisse und der Handhabung der Zensur sich  
genötigt gesehen, ihr Erscheinen vorläufig  
einzustellen.

Journal meldet, daß die Verhandlungen mit  
Portugal wegen der Ueberwachung Karls von  
Sachsenburg, der auf Madeira interniert worden  
ist, vor dem Abschluß stehen.

Stabs George hat infolge der Schwierig-  
keiten mit Irland seine Reise nach Washing-  
ton aufgeschoben.

### Eine rein sozialistische Regierung in Preußen?

Die gegenwärtige Lage in Preußen ist noch immer  
nicht geklärt. Die Versuche, die große Koalition zu  
stande zu bringen, scheitern nicht mehr aussichtsreich zu  
sein, da, wie es heißt, die Sozialdemokratische Partei  
in ihrer gestrigen Fraktionsführung einstimmig beschlos-  
sen hat, daß ein Zusammengehen mit der deut-  
schen Volkspartei im gegenwärtigen Augenblick  
nicht in Frage kommen könne. Da die Demokraten,  
vor allem auch das Zentrum, nicht geneigt sind, die  
alte Koalition wieder zu bilden, so wird in diploma-  
tischen Kreisen ernsthaft der Gedanke erwogen, eine  
rein sozialistische Regierung, die natürlich nur  
durch eine neutrale Haltung der Zentrumspartei mög-  
lich wäre, zu konstruieren. In parlamentarischen Krei-  
sen wertet man diese Ankündigung der Sozialdemokratie  
lediglich als einen taktischen Schritt, mit dem  
die Sozialdemokraten die Zentrumspartei und auch die  
Demokraten zwingen wollen, eine Koalition unter  
Ausschluß der Volkspartei einzugehen. In Zentrum-  
und demokratischen Kreisen scheint man aber nicht ge-  
neigt zu sein, einem derartigen Ansinnen Folge zu  
leisten. Infolgedessen ist man innerhalb der Fraktio-  
nen aufs eifrigste bestrebt, einen Ausweg zu finden. Ob  
das neue Kabinett unter dem bisherigen Ministerpräsi-  
denten Siegelwald oder einer ihm nahestehenden  
Persönlichkeit, z. B. Dörfling, gebildet werden wird,  
steht zurzeit noch nicht fest, da das Zentrum seine Bereit-  
willigkeit, den Kanzler zu stellen, noch nicht ausgespro-  
chen hat.

#### Die Besprechungen mit dem Landtagspräsidenten.

Der Präsident des preussischen Landtags hatte gestern  
die Führer der Parteien zu einer Besprechung zu sich  
geladen, um die Meinungen der Fraktionen zu hören.  
Die Sozialdemokraten haben ihre Auffassung dar-  
über ausgesprochen, daß mit Rücksicht auf die jüngsten  
Ereignisse zurzeit eine Koalition mit der Deutschen  
Volkspartei nicht in Frage kommen könne. Dagegen sei  
die Sozialdemokratie bereit, an der sogenannten Klein-  
nen Koalition, die nur aus Sozialdemokraten, Zen-  
trum und Demokraten bestehen soll, teilzunehmen. An  
einem späteren geeigneteren Zeitpunkt soll die Koali-  
tion durch Eintritt der Deutschen Volkspartei verbrei-  
tert werden. Die Führer der Demokraten erklärten sich  
bereit, sowohl an der Kleinen wie auch an einer Großen  
Koalition teilzunehmen, das Zentrum hingegen wünscht  
die sofortige Bildung der Großen Koali-  
tion mit Einschluß der Deutschen Volkspartei und  
lehnt vorläufig den Gedanken einer Kleinen Koalition  
ab. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei sprach sich  
für eine Koalition auf breiter Grundlage aus.

### Kommt es in Berlin zum Generalstreik?

Entscheidung in drei Tagen.

Die Abstimmung der Vertreter der Großbetriebe  
hat mit großer Mehrheit die Annahme des Be-

schlusses des Gewerkschaftskartells erbracht, wonach, falls  
der Konflikt im Gastwirtschäftsgewerbe nicht innerhalb  
drei Tagen beigelegt ist, der Generalstreik in ganz  
Berlin erklärt wird. Der Beschluß des Gewerkschafts-  
kartells hatte folgenden Wortlaut:

Nach dem Bericht, der am Donnerstag über die  
Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat und dem  
Reichsarbeitsminister gegeben worden ist, ist zu hö-  
ren, daß der Konflikt im Gastwirtschäftsgewerbe inner-  
halb dreier Tage beigelegt sein wird. Sollte diese  
Hoffnung wieder zuschanden werden, ist die Ple-  
narversammlung fest entschlossen, auch das äußerste  
gewerkschaftliche Mittel, den Generalstreik zur  
Anwendung zu bringen. Der Ausschuß der Gewerks-  
chaftskommission wird ermächtigt, falls innerhalb  
dreier Tage eine Verständigung nicht erzielt ist, so-  
fort die erforderlichen Schritte zur Durchführung des  
Generalstreikes zu tun.

### Der Jahrestag der Revolution.

Die Meinungsverschiedenheiten in Berlin.

Wie bereits mitgeteilt, haben die beiden sozia-  
listischen Parteien in Verbindung mit der Ge-  
werkschaftsleitung für den Jahrestag der Novemberrevo-  
lution Betriebsstillstand um 2 Uhr angeordnet mit  
darauffolgender Demonstrationssammlung. Die  
Kommunisten rufen für den 9. November völlige  
Arbeitsruhe aus. Eine Vollversammlung der  
Funktionäre der Gemeindebetriebe Berlins hat gestern  
abend in diesem Sinne Beschluß gefaßt und die Gewerks-  
chaftskommission dazu aufgefordert, diesen Beschluß für  
die gesamte Berliner Arbeiterschaft in Geltung zu setzen;  
die eine ablehnende Antwort erteilt. — Eine  
dem braunschweigischen Landtag zugegangene Re-  
gierungsvorlage fordert die Aufhebung des Buhtages  
als gesetzlichen Feiertag. An dessen Stelle soll der 9.  
November als Feiertag treten.

### Ein Versuch zur Rettung der Erzberger-Mörder.

Das Deutsche Abendblatt veröffentlicht einen Brief,  
der aus Emden datiert ist, aber auf einem Berliner  
Postamt aufgefesselt wurde und der die Unterschrift der  
beiden Mörder Erzbergers, Tillessen und Schulz  
trägt. In dem Brief wird behauptet, daß Tillessen und  
Schulz nicht die Täter gewesen seien, sondern lediglich  
durch ihr Verhalten die Spur auf sich lenken und dem  
eigentlichen Täter Hilfe zur Flucht leisten wollten,  
und zwar auf Anweisungen, die ihnen von dritter Seite  
zugegangen seien, ohne daß sie gewußt hätten, um welche  
Tat es sich dabei handele. Ferner enthält der Brief die  
Behauptung, daß die Anweisungen zur Tat und die  
Anweisungen an die beiden Untergebenen ebenso wie  
die dazu erforderlichen Geldmittel aus rheinischen Zen-  
trumskreisen gekommen seien. — Es ist bezeichnend,  
daß dieser angebliche Brief von dem Blatte des rechtsradikalen  
Abg. Wulke veröffentlicht worden ist. Daß es sich  
um eine Mystifikation handelt, die lediglich bezweckt,  
die Ungelegenheit zu vermindern, dürfte kaum zu bezweifel-  
n sein, zumal da die in dem Briefe enthaltene Ver-  
dächtigung rheinischer Zentrumskreise ganz und gar un-  
glaubwürdig ist. Der Berliner Lokalanzeiger hat ab-  
rätens durch eine Anfrage in München, wo bei der  
Staatsanwaltschaft ein Schriftstück gleichen Inhalts ein-  
gegangen sein sollte, festgestellt, daß bisher eine solche  
Zuschrift dort nicht vorliegt.

Der badische Beobachter (ein Zentrumblatt) schreibt  
unter der Ueberschrift: Wo stehen die Mörder Erzber-  
gers? Es gibt viele Stimmen, die glauben, daß die  
Mörder Erzbergers nicht im Ausland seien. Der  
Nordansatz auf den Mehrheitssozialisten Auer in  
München hat nun das Augenmerk wieder auf diese Dinge  
gelenkt. In einer Veröffentlichung der Münchner Post  
finden sich Enthüllungen über das Treiben der Ratio-  
nalsozialisten, der rechtsradikalen Münchner Gruppe,  
in deren Reihen die Attentäter gegen Auer gesucht wer-  
den. Aus diesem Material ist bemerkenswert, daß im  
Frühjahr d. J. in einer Ausschusssitzung der National-  
sozialisten der Plan erwogen wurde, Erzberger damals  
zu einem Vortrag nach München kommen zu lassen und  
bei dieser Gelegenheit die Morbid auszuführen. Nur  
über die Rollenverteilung war man sich nicht einig ge-  
wesen. Erzberger kam aber nicht, und so war damals  
das geplante Attentat unterblieben. Man hat in den-  
selben Kreisen auch den Plan erwogen, Rathenau  
zu ermorden. Diese Tat hatte in Berlin verübt wer-  
den sollen.

### Deutsche Arbeiter für das Wiederaufbaugesbiet.

Wiederaufbau von 11 Dörfern an der Somme.

Die von den französischen Gewerkschaften eingela-  
denen Vertreter deutscher Arbeiter- und  
Technikerverbände haben sich in diesen Tagen in  
das zerstörte Gebiet begeben, um an Ort und Stelle die  
Möglichkeit einer deutschen Mitwirkung am Wiede-  
raufbau zu untersuchen. Die Besprechungen der deut-  
schen Delegierten mit den Vertretern der französischen  
Gewerkschaften und der Einwohnerschaft der zerstörten  
Zone haben zu einem Einvernehmen geführt. Die  
deutsche Delegation hat sich bereit erklärt, mit 2500  
deutschen Arbeitern und Technikern den Wiede-  
raufbau von 11 Dörfern an der Somme (Gegend von  
Chaufnes), die ein Gebiet von etwa 30 Quadratkilome-  
ter umfassen, zu übernehmen. Für die technische Durch-  
führung des Baues soll eine Aktiengesellschaft ge-  
gründet werden, in der beide Teile gleichmäßig vertre-  
ten sein sollen. Die Kosten des Wiederaufbaues sollen  
ausschließlich auf Reparationskonto gehen. Der Wiede-  
raufbauminister Douhaeur hat am Mittwoch die deut-  
sche Abordnung empfangen. Der französische Gewerks-  
chaftssekretär Marcel Laurent hielt dabei dem deut-  
schen Vortrag über das getrocknete vorläufige Abkom-  
men. Der Wiederaufbau soll sich demnach im Laufe des  
Jahres 1922 vollziehen. Die Delegierten wiesen dar-  
auf hin, daß sie sich in weitestem Maße der Bestimmungen  
des Wieshadener Abkommens zu bedienen beabsich-  
tigen. Es wurde vereinbart, in einer Sitzung am kom-  
menden Montag die praktischen Voraussetzungen für die  
Durchführung dieses Baues zu prüfen.

Ueber die Besprechung teilt die französische Presse  
weiter folgende Einzelheiten mit: Die Arbeiten sollen  
gemeinsam unter entsprechender deutscher Be-  
teiligung ausgeführt werden. Die Arbeiter werden  
in Gruppen vereinigt sein. Keiner sei Gewinne  
sollen erzielt werden; auch sollen keine Vergütungen,  
außer an die beteiligten Arbeiter, bezahlt werden. Es ist  
vorgesehen, daß zunächst Franzosen allein arbeiten, spä-  
ter sollen dann die deutschen Arbeiter nach Frank-  
reich kommen; ihre Zahl ist beschränkt worden, da  
Frankreich auch an seine Arbeitslosen denken muß. Die  
für die Durchführung des Baues vorgesehenen Aus-  
gaben werden 60 Millionen Franken nicht übersteigen.  
800 öffentliche und Privathäuser sind zu errichten. Als  
Ganzes betrachtet ist dies zwar wenig, aber durch dieses  
Beispiel soll bewiesen werden, was man mit einem  
zwischen zwei Völkern erreichten Einvernehmen erzie-  
len kann. Weiter soll gezeigt werden, was eine Ver-  
einigung von Arbeitern, wie sie in dem Plan vorge-  
sehen ist, zu leisten imstande sein wird, im Vergleich mit  
Unternehmern, die oft nichts weiter als ihren Gewinn im  
Auge haben. Minister Douhaeur hat die Versicherung  
abgegeben, daß er sich in keiner Weise dem Plan ver-  
wehren werde.

### Die neuen Kartoffelhöchstpreise.

Unruhegefahren in der Provinz Sachsen? — Deutsche  
Kartoffeln in England.

Die deutschnationale Fraktion des Landtages hat an  
die Regierung eine Anfrage gerichtet, die sich auf die  
Festsetzung der Kartoffelhöchstpreise bezieht und feststellt,  
daß die Notierungen der Kartoffelpreisnotierungskom-  
mission sich bisher wesentlich unter den im übrigen  
Deutschland erfolgten Notierungen gehalten haben. Die  
Deutschnationalen fragen daher bei der Regierung an,  
ob diese sich bemüht sei, daß durch ihr Vorgehen die  
Kartoffellieferungen aus dem übrigen Deutschland nach  
Sachsen unterbunden werden.

Aus Anlaß der Kartoffelnot erlitt der Oberpräsi-  
dent der Provinz Sachsen Herrling einen Anruf, in  
dem es u. a. heißt: Mit allen Mitteln muß dafür ges-  
orgt werden, daß möglichst große Mengen Kartoffeln  
in aller Kürze der verbrauchenden Bevölkerung zuge-  
führt werden, wenn ernste Unruhen und Gewalttaten  
von der verzeihenden gegen die landwirtschaftliche Be-  
völkerung vermieden werden sollen. — Ueber die Mög-  
lichkeit bevorstehender Unruhen liegen sichere Nachrichten  
vor. In Gießen und in den benachbarten Ortschaften  
wurden Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen  
und eine Anzahl von Kommunisten verhaftet. In Halle  
wurde ein rotes Flugblatt verbreitet, in welchem sich  
Unbekannte mit dem am 18. Oktober auf das Verwal-  
tungsgebäude des Brodors-Dierslebener Bergwerks-  
Bereins ausgeführten Raubüberfall brüsten, in dem  
sich 101 580 Mark in die Hände gefallen seien. Da  
dieser Betrag mit der tatsächlich geraubten Summe über-  
einstimmt, ist anzunehmen, daß die Verfasser des Flug-  
blattes mit den Räubern identisch sind. Diese Angaben